

Bezugsgebühr:

Wichtigste für Dresden bei täglich...
Bezugsgebühr:
Wichtigste für Dresden bei täglich...

Dresdner Nachrichten
Begründet 1856

Anzeigen-Carif.

Annahme von Anzeigen...
Anzeigen-Carif.
Annahme von Anzeigen...

Lobeck & Co. Dreiring-Cacao.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Julius Schädlich Beleuchtungs-Gegenstände
Am See 10, part. u. 1. Et.
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Tees neuester Ernte
in vorzüglichen Mischungen
Rudolph Seelig & Co.
30 Prager Strasse 30.

Jagd- oder Adler-Drachen.
Wichtig zur Mähnerjagd! Größter Erfolg!
B. A. Müller, Prager Strasse 32/34.

Jagdjoppen, Jagdanzüge, Jagdmäntel, Jagdhüte, Touristen-Ausrüstung für Damen u. Herren
grösste Auswahl am Platze empfiehlt das Spezialgeschäft von Jos. Fiechtl aus Tirol, Schlossstrasse No. 23.

Nr. 297. Spiegel: Das braunschweigische Interim. Zur Reichstagswahl in Döbeln, Landeshauptstadt, Vertritt mit Kraft-
Wuttmahl, Bitterung: Sonntag, 28. Oktober 1906.

Dresdner Nachrichten
Jeder Leser
in Dresden und Vororten kann sich täglich davon überzeugen, dass er
von keinem anderen Dresdner Blatt
fortlaufend über alle wichtigen Tagesereignisse
so schnell unterrichtet
wird, wie von den
täglich 2 Mal
erscheinenden „Dresdner Nachrichten“.
Sie bieten Ihren Lesern vor allen Dresdner Blättern
ununterbrochen das Neueste.
Bezugspreis für die Monate
November u. Dezember
für Dresden und Blasewitz M. 1,70
für die übrigen Vororte M. 2,—
bzw. M. 2,30.

Volksvertretung ein Kompromiß zwischen den verschiede-
nen Parteien darstellt, so wird man auch zu einem gewissen
Verständnis für das Eingehen der Mehrheit auf die
Forderung der Minderheit gelangen, dem Herzog noch
einmal eine Frist von drei Monaten zur direkten
Kronherren zu gewähren. Ganz abgesehen davon, daß
man hierdurch dem angefallenen Fürstenthum das weitest-
gehende Entgegenkommen zeigen und den Wünschen des Landes
entsprechen wollte, gielte man gleichzeitig darauf ab, endlich
einmal nach allem vergeblichen Hin und Her eine unabweisliche
Erklärung des Herzogs zu erlangen. Wenn die Verhältnisse in
dieser Richtung klarer sind, gewinnt auch die Regententwahl
— die nur ausgedehnt, nicht aufgehoben ist — eine ganz andere
Bedeutung. Alle diese Erwägungen veranlassen den Landtag,
die auch von ihm geteilten Bedenken zurückzustellen, daß eine
Auschiebung der Regententwahl selbstverständlich von den
extremen Welsen zu weiteren heftigen Agitationen benützt werden
würde. Aber man wolle endlich seinen Blick mit dem Herzog
bekommen, der nun wohl eher über als unter einer Reserve heraus
kann. Geht doch die allgemeine Sehnsucht in Braunschweig
dortin, an Stelle des Provisoriums ein Definitives, an Stelle des
Regenten einen Herzog zu haben. Es ist übrigens, wie der
„Arb. An.“ von hiesiger Seite geschrieben wird, kaum anzunehmen,
daß der Herzog von Cumberland drei Monate ver-
streichen lassen wird, bevor er auf die Kundgebung des Land-
tages antwortet, denn darüber dürfte er sich nicht im unklaren
befinden, daß jede andere Antwort auf die Gewissensfrage, ob
er und alle anderen Könate unabweislich und für immer auf
Hannover verzichtet, als ein uneingeschränktes „Nein“ in
Braunschweig als ein „Nein“ aufgefaßt werden würde. Wie
sich der Herzog entschließen wird, ist natürlich nicht mit absoluter
Sicherheit voraussagen. Es heißt, daß auf ihn zurzeit ein-
wirkende Einflüsse einwirken: von englischer Seite möchte man
ihn zum Festhalten an Hannover bewegen; von anderer Seite
dagegen tut man alles, um ihn zu einer Lokalitätsklärung
für Deutschland und Preußen zu veranlassen. Was hieran
Wahres ist, läßt sich schwer beurteilen, aber sehr wahrscheinlich
klingt es nicht. Der ganze bisherige Verlauf der Dinge sieht
nicht danach aus, als ob der Herzog jetzt auf einmal ganz
anderer Meinung werden würde. Seine Anhänger sprechen es
offen aus, daß er mit einem eventuellen Verzicht auf Hannover
in gewissem Sinne einen Verrat beginge, nachdem vielmehr Jahre
lang gegenseitige Treue gehalten worden sei. Wer könne über-
dies wissen — so fragen sie —, ob sich Preußen trotz des Verzichtes
aufrieden geben würde? Man müsse verlangen, daß der Herzog
sich zunächst Gewissheit über Preußen verschaffe, bevor er sich
ausruhe und ins Wasser geht, ohne die Gewissheit, ans Land
zu kommen.

Nachdruck hervorgehoben, daß eine preussische Kandidatur für
Braunschweig durchaus nicht bestehe, insbesondere habe der Kaiser
zu keiner Stunde daran gedacht, seinen Bruder oder einen seiner
Söhne dafür in Aussicht zu nehmen. Dagegen, daß Prinz Heinrich
in Betracht kommen könne, hat ernstlich niemand gedacht. Der
Bruder des Kaisers hat eine andere Aufgabe, als eventueller
Thronfolger für den Herzog von Cumberland oder einen seiner
Nachkommen zu sein. Wenn hier und da in der Presse angebeutet
wurde, daß Prinz Eitel Friedrich Regent von Braunschweig werden
könne, so wurden damit nicht preussische Absichten, sondern
Braunschweiger Stimmungen wiedergegeben. Der einzige
preussische Prinz, der in Betracht kommen könnte, ist der jüngste
Sohn des verstorbenen bisherigen Regenten des Herzogtums,
Preußen wird sich aber in die Angelegenheiten des Herzogtums,
wie die Dinge jetzt liegen, nicht mehr mischen, wie es sich auch
bisher nicht hineingemischt hat. Sobald die Antwort des Cumber-
lands eingetroffen ist, wird es Sache der braunschweigischen
Regierung sein, die sie allein angehenden inneren Verhältnisse zu
regeln und zu ordnen. In dieses ihr ureigenes Recht wird von
seiner Seite eingegriffen werden.

Neueste Drahtmeldungen vom 27. Oktober.

Der „Gambmann von Rönneke“.
Berlin. (Wirt.-Tel.) Die Vorführung Bojats
erfolgte wegen schwerer Urkundenfälschung, Hausfriedensbruchs,
Freiheitsberaubung, Erpressung und Vergehens aus § 127 des
Strafgesetzbuches: Wer unbewusstweise einen bewaffneten
Haufen bildet oder befehligt, oder eine Mannschafft, von der er
weiß, daß sie ohne rechtliche Veranlassung gesammelt ist, mit
Waffen oder Kriegswaffen versehen, wird mit Gefängnis
bis zu 2 Jahren bestraft. Wer sich einem solchen bewaffneten
Haufen anschließt, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahr bestraft.
Die Stadt Rönneke wird, wie nunmehr feststeht, kaum 400 Mark
Schaden durch den Raubzug Bojats erlitten. Infolge einer
Anerkennung Bojats bei seiner Vernehmung fand heute noch eine
neue Handlung statt. Dabei wurde in einem Verhöre noch
ein größerer Geldbetrag gefunden, so daß die Stadt Rönneke,
die das Geld zurückhält, abgesehen von der ausbleibenden Be-
lohnung von 1000 Mark, noch nicht 400 Mark verliert.

Maroffo.

London. (Wirt.-Tel.) Der „Standard“ meldet aus
Tanger, daß die russischen, welche bei Arzila
operieren, das französische Kessel entgegennehmen haben. Diese
Ausbreitung könnte die allgemeine Lage bedeutend verkompli-
zieren, denn Frankreich dürfte einem derartigen Lieberfall kaum
ruhig zusehen, ohne energisch einzuschreiten.

Tanger. (Wirt.-Tel.) Rajula hat mit seinen 500
Bewaffneten die Umwallungen von Arzila eingenommen und
darauf den hiesigen Vertretern des Sultans durch Einboten
die Rittstellung zumommen lassen, daß er Herr der Stadt sei
und daß die Araber, die die Stadt zu verlassen wünschten,
dies ohne Furcht vor Verfolgungen tun könnten. Infolgedessen
ist ein Regierungsdampfer zur Aufnahme der Flüchtlinge nach
Arzila abgegangen.

Malilla. Am Mulajafusse fanden Gefechte statt, die
für die Regierungsguppen unglücklich verliefen. Der Gouverneur
verweigerte den Maroffanern die Erlaubnis zur Errichtung
einer Kastelle auf dem Gebiete an der Grenze der spanischen
Besitzungen. — Auf der Gegend von Maroffa wird eine
anti-europäische Bewegung gemeldet.

Zur Lage in Russland.

Petersburg. Zu dem Ueberfall, der heute mittag
auf der Moskiewskibrücke gegen einen staatlichen Bedirandspott
ausgeführt wurde, wird noch gemeldet, daß die ganze Summe,
um die es sich dabei handelte, 600 000 Rubel betrug und daß es
den Räubern gelungen ist, drei Pakete mit einem Betrage von
300 000 Rubeln mit Hilfe einer Frauensperson, der die Pakete
angestellt wurden, beiseite zu schaffen. Auch die Fackel der
Bomben oder Schüsse getöteten oder verwundeten Per-
soneen voll arößer sein, als zuerst gemeldet worden ist.

Petersburg. Beim Attentat in der Nähe der
Moskiewskibrücke wurden durch Schüsse der Gendarmen einer
der Helfershelfer der Attentats-Lieferer getötet, ein anderer ver-
wundet und festgenommen.

Petersburg. Die Niederlegung der Verteidigung im
Prosch gegen den Arbeiterbevollmächtigtenrat erfolgte
wegen der Weigerung des Gerichts, Vorwissen als Krug zu
zulassen. Die Verteidiger verließen demokratisch den Saal und
die Angeklagten erklärten, sie erachteten es für amölich, der
Verhandlung beizuwohnen. Sie boten darum, ins Gefängnis
zurückgeführt zu werden. Das Gericht beschloß, diesem Er-
suchen nachzukommen und die Verhandlung in Abwesenheit der
Angeklagten fortzusetzen.

Charlottenburg. Zur Erinnerung an die Ereignisse des
vorigen Jahres traten die Arbeiter einiger Fabriken in ein-
tägigen Ausstand. Sie verließen heute früh, den
Straßenbahnverkehr zu verhindern und die Schließung der
Fabriken zu erzwingen. Der Friedhof, auf dem die Tücher der
vorjährigen Unruhen beerdigt sind, ist von Polizei und Militär
besetzt, um Kundgebungen zu verhindern. Im allgemeinen ist
die Stadt ruhig. In den Straßen herrscht der gewöhnliche
Verkehr.

Berlin. (Wirt.-Tel.) Das Kaiserpaar wohnte
heute mit dem Prinzen August Wilhelm der Antrittsvorlesung
des Professors B u r g e r, des Anholders der Moskiewskibrücke
auf der Berliner Universität, bei; anwesend waren ferner
der Kultusminister Dr. v. Stubl und zahlreiche Vertreter der
Staatsoberbehörden und der Gelehrtenwelt. Zu Beginn der Vor-
lesung teilte Prof. Burgery einen Brief des Präsidenten Roose-

Pramanns Erbswurst!
Fabrik Raddebeil 1/8.

Das braunschweigische Interim.

Noch immer schwankt das Charakterbild der leidigen
braunschweigischen Frage, von der Parteien Das und Guntz
verwirrt. Noch immer ist man auf Gerüchte angewiesen, die
bald von der, bald von jener Seite zu publizistischen Vor-
sätzen in ihrem Sinne ausgebeutet werden. Man spricht von
Interventionen, die seitens des mecklenburgischen oder des
bairischen Hofes zu gunsten des Herzogs von Cumberland zu
erwarten seien und anderem mehr. Das einzige Positive in
der flucht widersprechendsten Meldungen ist in der einstimmigen
Annahme der Anträge der staatsrechtlichen Kommission durch
den braunschweigischen Landtag gegeben. In dessen ent-
scheidender Sitzung am Dienstag dieser Woche ist es zu
einer bedeutsamen Klärung der Lage gekommen. Zwar hat die
braunschweigische Volksvertretung ziemlich überflüssigerweise ein
Interim von drei Monaten beschlossen, um dem Herzog von
Cumberland eine letzte Frist zu endgültiger Beschlußfassung
über Ja oder Nein bezüglich seiner Thronbesteigung zu ge-
währen — als ob er in den 21 Jahren bisher nicht genug Zeit
zu reiflicher Ueberlegung gehabt hätte? —, aber nach anderer
Richtung hin hat die Resolution des Landtages doch die Er-
lebung der braunschweigischen Angelegenheit um ein gut
Stück gefördert. Bekanntlich hatte der Brief des Herzogs von
Cumberland an den Kaiser wieder einmal die alte weisse
Taktik unterzeichnet, die daraus ausging, einen Sohn des
Herzogs unter persönlichem Verzicht auf Hannover für den
braunschweigischen Thron zu präsentieren, für alle anderen
Mitglieder des Hauses aber die hannoverschen Ansprüche
aufrecht zu erhalten. Durch dieses Doppelspiel haben
die Erklärungen des Kaisers und des Kanzlers einen tiefen
Stich gemacht. Obwohl nun in den Kreisen der braunschwei-
gischen Volksvertretung dem Reichskanzler der Vorwurf eines
„kalten Tones“ und „mangelnden Entgegenkommens“ ge-
macht wurde, hat man sich trotzdem mit dem einstimmigen Be-
schluß vom Dienstag einmal für denselben sachlichen
Standpunkt gestellt, daß das Welfenhaus — wenn es gewillt sei,
den ihm angebotenen Thron zu bestiegen — zuvor durch einen
formellen, für alle Agnaten ohne jede Ausnahme gültigen Ver-
zicht auf Hannover seinen Frieden mit Preußen machen müsse.
Dieser Standpunkt, auf den sich die braunschweigische Volks-
vertretung einstimmig gestellt hat, verdient in mehr als einer
Hinsicht gebührende Beachtung.
Der braunschweigische Landtag hat dadurch bewiesen, daß
er hoch erhoben über den ihm oft gemachten Vorwurf ist, ein
„weisses Welfenhaus“ zu sein, vielmehr in seiner überwiegenden
Majorität auf gut reichsdeutschem Boden steht. Wenn
man bedenkt, daß die einstimmige Resolution der